

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 16.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk.
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.
Geschäftsintereate pro bezahlte Seite ober deren
Raum 25, für Zahlr. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 18. April 1908.

Verlag: A. Bohrerberg, Hannover, Mühlstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Mühlstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Sonnensieg.

Sonnensieg! Die blauen Betten
Hüllt nun wieder Frühlingsglanz,
Und die goldnen Tage schreiten
In die Welt, als ging's zum Tanz!
In die kalten Ketten sprangen,
Die geschmiedet Frost und Eis,
Als der Lenz ins Land gegangen,
Kam mit feinem Blütenreis.

Erste blaue Weiden strecken
Schluchtern sich am Gartenzaun;
Mattgrün schimmert von den Hecken
Und die Knospen glänzen braun.
Weiße Blütensterne grünen
Leuchtend dich am Auerand,
Wo die jungen Säeten sprischen
Grün aus dunklen Schollenland.

Und du hörst die Lerche singen
Und den Ruckel wieder schreien,
Wie ein klingend Glockenschwingen
Bitter, jauchzt es durch den Hain!
Denn es floh das letzte Trübe
Vanger Winterdämmerung,
Und es lachen tausend Triebe
Um dich froh und lebensjung . . .

Und in diesem Leuchten, Sprühen
Willst allein du glanzlos sein?
Sieh: die bunten Blumen blühen
Auch für dich im Frühlingshain!
Sieh: die goldnen Sonnenstrahlen
Funkeln auch in dein Gemach!
Sieh: nach allen Winterqualen
Nacht auch dir ein Frühlingstag!

Nähe ihn! Daß nicht verrinnen,
Was sich werbejung heut!
Keine Ernte kann geminnen,
Wer die Müß' der Aussaat scheut!
Sieh: was du in dunklen Tagen
Dir ersehntest, wurde wahr.
Liegt der Winter nicht erschlagen?
Leuchtet nicht die Sonne klar?

Willst du dich dem Glanz verstecken,
Den doch deine Augen schaun?
Mattgrün schimmert von den Hecken,
Und die Knospen schwellen braun . . .
Lachend lodt es aller Enden,
Weil der Lenz zur Erde stieg.
Greife zu mit beiden Händen:
Dein Lenz ist es! . . . Sonnensieg!
Ludwig Leffen.

Zur Beachtung!

Heute ist der 16. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Dresden, Hamburg, Schönlanke, Garburg, Schönebeck, Bergedorf, Neildorf und Wolgast.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Dauenburg und Althaldensleben.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Blodfrucht.

Am 8. April abends ist das Vereinsgesetz mit 195 gegen 168 Stimmen bei 5 Enthaltungen in namentlicher Abstimmung angenommen worden.

Die deutschen Arbeiter können an den Abstimmungslisten das Wortum ihrer lebendigen Volksvertreter nachprüfen, sie werden finden, daß der

Freisinn die Gewerkschaftsinteressen schmählich verraten hat!

Der liberale Blodführer Müller-Meinungen hat sein in zweiter Lesung gegebenes Gelübde gehalten: auch nicht ein einziger Verbesserungsantrag gelangte in zweiter und dritter Lesung zur Annahme! Nur der in Aussicht genommene Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes ist geändert worden. Die Freisinnshexen haben gequälten Herzens gestanden, daß das Gesetz ihren eigenen Ansprüchen nicht genügt. Ja, der Reichstag hat das Gesetz noch nicht verabschiedet, da versuchte die Freisinnfraktion des oreuschischen Landtags schon die gesetzgeberische Reparatur an dem reichsgesetzlichen Vereinsgesetzbau — ein Vorgang, der wohl einzig in der Geschichte der Gesetzgebung dastehen dürfte. Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner erwarteten Verbesserung der Kommissionsbeschlüsse vom Freisinn — dieser hat den Gewerksvereiner etwas gehuselt. Noch nicht einmal klare Begriffe und feste Bestimmungen hat der Freisinn schaffen helfen. Die große Zahl flüssiger, strittiger, der Auslegungskunst weiten Spielraum lassender Bestimmungen ließen die freisinnigen „Sturmgesellen“ bestehen, sie nahmen

Ministererklärungen, anstatt klaren gesetzlichen Wortlaut!

Die Müller, Wiemer, Raumann tragen die Verantwortung, daß ein Gesetz zustande gekommen ist, das für viele Staaten einen Rückschritt bedeutet, das mangelhaft, ungenügend, unklar ist, und von dem nunmehr offenkundig ist, daß es den

Charakter eines Ausnahmegesetzes tragen soll. Und der Grund für die Haltung der Freisinnigen und Demokraten? Herr von Payer hat ihn unter dem Jubel seiner Gefinnungsverwandten verraten: sie wollen ihre Organisation nicht zertrümmern lassen! Will sagen: sie wollen den Platz bei den Willow-Diners nicht räumen, sie wollen nach Nordernei zum Blodpropheten wallfahren! Aus engherziger Fraktionspolitik kamen die Herren zur Verleugung der Volksrechte!

Nur die Freisinnigen Botthoff, Neumann-Hofer und Dahrn stimmten gegen das Gesetz. Einer der Letzgenannten verhandelte mit einigen Herren der Wirtschaftlichen Vereinigung und machte ihnen die Konsequenzen klar, welche das Gesetz für die Gewerkschaften haben würde. Der Herr hatte den Erfolg, daß ihm 6 Herren zusagten, gegen das Gesetz zu stimmen. Das brachte den Herrn Unterstaats-

sekretär Vermuth auf die Beine, um den biedern Sechß das Gegenteil zu beweisen. Und auch dieser Herr hatte Erfolg: die biedern Volksvertreter ließen sich bekehren von links, sie ließen sich bekehren von rechts. Und als der Herr Staatssekretär v. Bethmann die Erklärung abgegeben hatte, das Gesetz werde in seinen knifflischen Bestimmungen Anwendung gegen die christlich-nationale Arbeiterbewegung nicht finden, da stimmten die

christlich-nationalen „Gewerkschaftsvertreter“

Schad und Franz Behrens

für den als Ausnahmebestimmung stigmatisierten § 7 (jetzt § 12). Das war nicht christlich, sondern nach dem aus der heidnischen Zeit geltenden Grundsatz gehandelt:

Heiliger Florian, verschon' mein Haus,
zünd' andre an!

War es etwa Offenheit oder war es Wahrheit, als Herr Franz Behrens, der Sekretär des christlich-nationalen Bergarbeiterverbandes, auf der Tribüne stand und mit einem trockenen und einem nassen Auge von dem ihm „unsympathischen § 7“ (!) redete? War der Paragraph diesem „wadern, offenen“ Volkstribunen unsympathisch, dann mußte er ihn ablehnen. Aus Rücksicht auf die Gewerkschaftsbewegung, gleichviel welcher Richtung, hätte Franz Behrens zu einem glatten Nein kommen müssen.

Das Sprachenverbot ist eine Seifenblase gegen die Polenagitation, aber ein Hemmnis für die gewerkschaftliche Bewegung, zugeschnitten auf die Herzenswünsche der rheinisch-westfälischen Gemischen, Schlot-, Gruben- und Eisen-Barone.

Das bläst keine Dementierspize weg! Auch dann nicht, wenn zu den Dementierkünstlern „Franz der offene, wahrheitsliebende“ mit der blumenreichen Vergangenheit sich gesellt. Der Reichskanzler soll der christlich-nationalen Arbeiter-Deputation gegenüber in Flottbeck nicht erklärt haben, der Ausnahmeparagraph sei auf Wunsch der rheinischen Industrieleute ins Gesetz gekommen. Franz der Generalsekretär bezeugte das. Aber etwas hat der Reichskanzler doch erklärt, nämlich, daß der § 7 auf Wunsch großer nationaler Parteien in den Entwurf gekommen sei. Da die Angehörigen dieser großen Parteien nicht alle nach Nordernei gepilgert, auch nicht alle zu dem Feste geladen waren, auf dem Minister und Industrielle dinierten und potulierten, so dürfte die Folgerung ziemlichen Anspruch auf Wichtigkeit haben, daß die Wünsche der großen nationalen Parteien Verkörperung in einigen Industriellen oder deren Sachwaltern fanden!

In dem Gesetze erhalten die Arbeiter
Dankungen mit Schwaben.

Das will nicht sagen, daß in den Teig 6 wadere Schwaben eingeknetet worden, sondern mit Schwaben sind hier jene Tierchen gemeint, die ihr beschauliches, für den Menschen aber appetitverekelndes Dasein in den Bäckereien so lange genießen, bis sie in der Glut des Backofens ihr Ende finden. Solcher Schwaben befinden sich neben den kleinen Korinthn viele in dem Gesetzes-Dierkuchen. Zählen wir einmal die Korinthn auf! Wir halten uns dabei an das preussische Gesetz. Da fällt weg die im § 2 des alten Gesetzes vorgesehene Anmeldung und Abmeldung der Mitglieder, Befreiung des Ausschusses der Frauen an politischen Vereinen, die Aufhebung der Meldepflicht von Wahlvereinsversammlungen während ausgeübter Wahlen. Die Frist, welche für Anmeldung von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel vorgesehen, ist von 48 auf 24 Stunden herabgesetzt; die Gleichachtung öffentlicher Bekanntmachung der Versammlungen mit Anmeldung; bei Versammlungs-

ausschlüssen ist der Grund für die Auflösung anzugeben; die Auflösung kann im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens oder im Wege des Rekurses (§§ 20, 21 der Gewerbeordnung) angefochten werden (bistlang war nur Beschwerde zulässig).

Nun wollen wir einmal die „Schwaben“ aufzählen, welche den Genuß des Dierkuchens verfehlen.

Der § 2 bringt gleich eine zweifache Verschlechterung. Er handelt von der Auflösung eines Vereins, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft. Bistlang konnte man in Preußen nur eine vorläufige polizeiliche Schließung, wenn entgegen der Bestimmung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes Frauen und Befreiung Mitglieder von Vereinen geworden waren, die bezweckten, politische Gegenstände in ihren Versammlungen zu erörtern. Ob die Schließung zu Recht oder Unrecht erfolgte, darüber war sofort ein Gerichtsbeschluss erforderlich. Das weitere Verfahren spielte sich vor dem ordentlichen Gerichte ab. Jetzt heißt es: „Ein Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, kann aufgelöst werden.“ Die Aufsehung kann nur auf dem Wege des Verwaltungsstreitverfahrens, wo ein solches nicht ist, nach § 20, 21 der Gewerbeordnung angefochten werden. Dann kommt die Bestimmung im § 3, daß jeder politische Verein eine Sitzung haben muß. Ferner die Einreichung dieser Sitzung und die Einreichung des Verzeichnisses der Mitglieder des Vorstandes an dem Orte des Vereins. Weiter der § 12, der nur in 8 Regierungsbezirken mit 51 Kreisen bei öffentlichen Versammlungen den Mitgebrauch einer nichtdeutschen Sprache zuläßt. Für die Anmeldung solcher Versammlungen ist dann eine Meldefrist von dreimal 24 Stunden vorgesehen. Die Gründe, aus denen die Auflösung einer Versammlung erfolgen kann, sind auf sechs vermehrt worden. Es folgt weiter der Ausschluß von Personen unter 18 Jahren von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen, von deren Versammlungen und öffentlichen politischen Versammlungen. Nicht zu vergessen die Vermehrung der Strafmöglichkeiten aus der Benutzung des Gesetzes. Nach § 18 kann Bestrafung bis 150 Mk. unter 6 Voraussetzungen erfolgen.

Der § 19 zählt drei Bestimmungen auf. Verstöße dagegen werden mit Strafen bis zu 300 Mk. belegt.

Der § 24 hält das Ausnahmerecht gegen Landarbeiter und Gefinde und die Vorschriften des Landrechts zum Schutz der Feier der Sonn- und Festtage aufrecht.

Der § 19, der den Arbeiter-Bildungs- und Sportvereinen das Lebenslicht ausblasen soll, ist von der Regierung gar nicht verlangt worden. Der freisinnige Rektor Kopsch und der nationalliberale

Hauptling protestantischer Sänglingsvereine,

Overling, können sich gegenseitig den Ruhm streitig machen diese Verschlechterung erkennen zu haben.

Diese Gesetzesfrucht liberaler Rückständigkeit und industriell-schwarzmacherei-scher Knebelungssucht, verbunden mit konservativer Reaktion, tritt am 15. Mai in Kraft. Ueber die Anwendung des Gesetzes sollten unsere Verbandsmitglieder genau Buch führen, allerwärts dafür sorgen, daß jede mißbräuchliche und vegetarische Anwendung uns bekannt wird.

(Das Gesetz hat eine redaktionelle Aenderung infolgedessen erfahren, als die durch die Kommission geschaffenen Zusatzparagraphen, welche bezeichnet waren mit 1a und so weiter, mit einer laufenden Nummer versehen worden sind. Dadurch ist der Sprachenparagraph § 12 geworden. Der § 10a wurde § 17. An Stelle der 17 Paragraphen zählt das Vereinsgesetz jetzt deren 25.)

Zur Landarbeiterorganisation.

IV.

Nach unsern bisherigen Darlegungen kann der Einwand: Die Landarbeiter sind sehr schwer, oder garnicht für die Organisation zu gewinnen, nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die Organisationen in Italien und Schweden beweisen, daß die Landarbeiter sehr wohl zu gewinnen sind. Er kann also höchstens noch für Deutschland gelten. Einige Aufschriften, die die Redaktion von den Vätern dieses Einwandes erhalten hat, gipfeln denn auch in dem Satz: Ja, bei uns sind ganz andere Verhältnisse! Inwiefern die Verhältnisse bei uns anders sind, wird nicht gesagt, allgemeine Redensarten und Behauptungen sind allerdings leichter.

Welcher Art können nun die „andern Verhältnisse“ sein? Einmal wirtschaftliche, dann rechtliche und drittens persönliche. Unter wirtschaftlichen Verhältnissen soll hier nicht etwa die Lohnhöhe verstanden sein — die ist zu verschieden, zu schwankend und zu wenig bestimmbar, um irgend welche Forderungen daraus ziehen zu können —, sondern die Wirtschaftsform, die Art der Verteilung und Bearbeitung des Grund und Bodens. Denn es ist für die Organisation zweifellos nicht gleichgültig, ob die Arbeiter bei einzelnen Kleinbauern verstreut sind oder auf großen Gütern zusammenarbeiten. Von einer einheitlichen Wirtschaftsweise kann natürlich nirgends die Rede sein; es gibt in jedem Lande Kleinbauern und Großgrundbesitzer. Es kann sich also nur darum handeln, das Vordringende festzustellen. Da dürfte folgende Einteilung annähernd richtig sein: In Frankreich überwiegt das Kleinbauerntum, in Schweden das Großbauerntum und in Ungarn dominieren die Großgrundbesitzer. In Italien liegen die Verhältnisse besonders eigenartig. Hier nehmen sich die Großgrundbesitzer vielfach nicht einmal die Mühe, die Arbeit auf ihren Gütern zu beaufsichtigen oder beaufsichtigen zu lassen, sie verpachten einfach ihre Ländereien. Diese Kleinpächter aber sind Mitglieder der Landarbeiterorganisation und kämpfen im Rahmen dieser Organisation für — Herabsetzung der Pacht. Bei dem schon erwähnten Streik von Argenta erzielten diese Pächter eine Herabsetzung des Pachtpreises um 15 Lire pro Hektar und Jahr.

Die angezogenen Länder weisen also die verschiedenartigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf, aber nirgends haben dieselben die Organisation der Arbeiter verhindert. Dagegen ist in Deutschland nirgends eine nennenswerte Zahl organisierter Landarbeiter vorhanden, weder in Baden, Württemberg und Hessen, wo das Kleinbauerntum, noch in Schleswig-Holstein, wo das Großbauerntum, noch gar in Ostpreußen, wo das Großgrundbesitz vorherrschend ist. Die „ganz andern Verhältnisse“ müssen also auf andern Gebieten liegen.

Vielleicht sind die rechtlichen Verhältnisse schuld. Kein Zweifel, ein großer Teil der ländlichen Arbeiter steht in Deutschland, namentlich im größten deutschen Bundesstaate, in Preußen, unter kulturwidrigen Ausnahmegeetzen. Aber die einzige Ursache des Fehlens einer Landarbeiterorganisation bilden diese Ausnahmegeetze nicht; wahrscheinlich nicht einmal eine wesentliche. Denn erstens gibt es in Deutschland Bundesstaaten, in denen die ländlichen Arbeiter genau dieselben Rechte haben wie die Industriearbeiter (und das Organisationsverhältnis ist in diesen Staaten fast noch schlechter, wie in den mit Ausnahmegeetzen), zweitens unterscheiden selbst in den Staaten mit Ausnahmegeetzen nicht alle ländlichen Arbeiter denselben, und drittens zeigt uns das Beispiel Ungarns, daß selbst unter sehr ungünstigen rechtlichen Verhältnissen eine Organisation der Landarbeiter geschaffen werden kann, wenn nur die entsprechende Arbeit und Energie darauf verwendet wird.

Weiter ist zu beachten, daß eigentlich keins der Ausnahmegeetze den Arbeitern direkt die Vereinigung verbietet. In Preußen wird z. B. nur die Verabredung gemeinsamer Arbeitseinstellung zur Erbringung höherer Löhne mit Gefängnis bis zu einem Jahr bedroht. In Bayern wird den Arbeitern, die während der Aussaat oder der Ernte grundlos die Arbeit verlassen, Haft angedroht, das gilt aber nur für Arbeiter, die kontraktbrüchig werden, nicht aber für Arbeiter, die ihre Kündigungsfreiheit innehalten. Auch in Mecklenburg ist die Vereinigung der Arbeiter nicht verboten. Von Preußen abgesehen, in dem die Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Waffen, des Streiks, verboten ist, liegen also die rechtlichen Verhältnisse in Deutschland günstiger wie beispielsweise in Ungarn, in einem großen Teil sogar günstiger wie in Schweden; trotzdem fehlt bei uns die Organisation, und in Ungarn und in Schweden entwickelt sie sich durchaus gut. Demnach kann offenbar auch im rechtlichen Verhältnis der Landarbeiter die Ursache unseres Mißerfolgs nicht gesucht werden.

bleiben noch die persönlichen Verhältnisse, wenn wir einmal die Unterschiede im Temperament, Charakter usw. so nicht bürsten. Ein sehr einflussreicher Kollege unseres Verbandes erklärte vor nicht gar langer Zeit, daß die Landarbeiter in den ländlichen Ländern mit ihrem leicht erregbaren Temperament viel leichter für die Organisation gewonnen werden könnten, wie die schwerfälligeren Deutschen. Zur Widerlegung dieses Einwandes genügt es aber wohl, nur die Organe der Organisation unter den Industriearbeitern hinzuzuwenden. Mit Ausnahme von Schweden, das aber nicht ländlich liegt, hat keins der zum Vergleich angezogenen Länder eine Industriearbeiterorganisation, die den Vergleich mit der Deutschlands ausfällt. Da nun aber doch Industrie- und Landarbeiter eines Landes aus gleichem Holz geschnitten sind, so ist wirklich nicht recht ersichtlich, wieso es kommen soll, daß ein und dieselbe Eigenschaft bei den Landarbeitern andere Wirkungen auslöst wie bei den Industriearbeitern. Als auch mit der persönlichen Eigenschaften als Ursache des Erfolgs oder Mißerfolgs ist es nicht.

Die „ganz andern Verhältnisse“ bestehen also weder in wirtschaftlichen noch in rechtlichen oder persönlichen Hinsicht. Denn so durchaus nicht gesagt sein, daß die Organisation der Landarbeiter so schwer ist, aber sie ist keinesfalls so schwierig, wie vielfach angenommen wird.

Wir können nun auf den zweiten wesentlichen Einwand gegen die selbständige Organisation: die Organisation der Landarbeiter wird durchführt werden, wenn der Vorstand die Resolution hier durchführt und auch sonst mehr Agitation unter den Landarbeitern treibt.

Was verlangt nun die Resolution hier?

1. Umstellung von Kollegen, die mit den wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Verhältnissen der Landarbeiter vertraut sind.

2. Schaffung einer Beilage für den „Proletarier“. Diese Beilage hat die Kritik der wirtschaftlichen, sozialen und vor allem auch der rechtlichen Verhältnisse der Landarbeiter zu bringen, gleichzeitig aber auch ihnen ein Ratgeber und Wegweiser zu sein.

3. Einführung eines Wochenbeitrags von 20 Pf. für die Landarbeiter, wofür Rechtschutz, Krankenunterstützung, Sterbegeld, Umgangsgeld und Verbandsorgan geliefert wird.

Die erste Forderung scheint schon daran, daß wir nur sehr wenig Kollegen mit den geforderten Eigenschaften haben, und diese Wenigen würden sich für den Posten nicht messen. Wir müßten dabei unbedingt über den Kreis unserer Mitglieder hinausgreifen. Auch ist in der Resolution nicht gesagt, wieviel Kollegen angestellt werden sollen. Immerhin bietet die erste Forderung noch die geringsten Schwierigkeiten.

Anderes ist es schon mit der zweiten. Man bedenke: der „Proletarier“ erscheint in fast 140 000 Exemplaren. Um nun den 2000 Landarbeitern gerecht zu werden, soll eine Beilage, die für 138 000 Mitglieder wenig oder gar kein Interesse hat, geschaffen werden. Das hieße doch, Geld zum Fenster hinauswerfen. Da wäre es doch tausendmal richtiger, eine eigene Zeitung für die Landarbeiter zu fordern. Und dann: Wer soll diese Beilage redigieren? Etwa der Redakteur des „Proletariers“ im Nebenamt? Möglich wäre das, aber was dabei herauskäme, wäre sicherlich nichts weniger denn vollkommen. Eine Zeitung für die Landarbeiter muß unbedingt eine eigene Redaktion haben, wenn anders sie ihren Zweck erfüllen soll. Ueber all diese Schwierigkeiten geht die Resolution einfach hinweg.

Ob der Beitrag von 20 Pf. mit den geforderten Unterstüzungen im richtigen Verhältnis steht, kann hier nicht untersucht werden. Das hängt von der Höhe der Unterstüzungsätze ab. Da diese in der Resolution nicht festgelegt sind, läßt sich sehr wohl ein richtiges Verhältnis herstellen. (Das gilt aber nicht für die Ausgaben für Agitation und Verwaltung; wir kommen darauf noch zurück.) Etwas anderes ist es, ob die Unterstüzungen an sich praktisch oder durchführbar sind. Da wird es bei der Krankenunterstützung hapern. Schon jetzt macht es den Zahlstellenleitern enorme Schwierigkeiten, bei einzelnen Mitgliedern, die keiner Krankenkasse angehören, die Berechtigung ihres Anspruchs auf Krankenunterstützung zu kontrollieren. Würden wir eine größere Zahl von der Krankenversicherungspflicht nicht unterstehenden Landarbeitern bekommen, so würden diese Schwierigkeiten ungeheuer wachsen.

Diese wenigen Hinweise mögen genügen, um zu zeigen, daß es nicht nur Bosheit vom Vorstand gewesen ist, wenn er die Resolution hier nicht verwirklicht hat.

Nun ist aber zweifellos Kollegin Zieg selber nicht der Meinung, daß diese, gewissermaßen aus dem Handgelenk geschüttelte Resolution der Weisheit letzter Schluss sei. Es bleibt immer noch die Frage offen, ob es nicht möglich ist, innerhalb unseres Verbandes Einrichtungen zu treffen, die geeignet sind, die Organisation der Landarbeiter zu fördern, und zwar mehr oder doch ebenso gut zu fördern wie eine selbständige Landarbeiter-Organisation. Das soll im nächsten Artikel untersucht werden.

Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften für 1907.

Aus dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1907, den die Generalkommission im „Korrespondenzblatt“ erlatet, heben wir folgendes hervor:

In dem internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress in Stuttgart im August 1907 waren, gemäß dem Vorschlage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, 150 Delegierte aus Gewerkschaftskreisen und die gleiche Anzahl aus Parteikreisen entsandt. Die deutsche Delegation hatte vor Beginn des Kongresses eine Sitzung, um über eine einheitliche Gestaltung der Demonstration am 1. Mai zu beraten. Zu einer endgültigen Beschlußfassung kam es nicht, weil es als erforderlich angesehen wurde, daß auch der Parteitag in der Frage noch Stellung zu nehmen habe. Es wurde jedoch eine Vereinbarung über die Grundzüge, die für die Maidemonstration zu gelten haben, erzielt.

Die Frage der Dienstbotenorganisation gab der Generalkommission mehrfach Veranlassung zu eingehenden Beratungen. Von der Vorherrschaft des Münchener Dienstbotenvereins wurde beantragt, eine allgemeine Agitation zur Organisation der Dienstboten einzuleiten. Dieser Anregung gab die Generalkommission Folge und suchte die Gewerkschaftsstarke, den Versuch zu machen, Dienstbotenorganisationen ins Leben zu rufen. Dies ist auch, so weit es unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, geschehen. Die Generalkommission war jedoch genötigt, die Frage der Dienstbotenorganisation nicht weiter zu erörtern, weil von einer Konferenz der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands ein Zentralverband der Dienstboten ins Leben gerufen werden sollte, noch ehe man sich in den Gewerkschaftskreisen darüber einig war, ob es angängig ist, diese Arbeiterkategorie in einer gewerkschaftlichen Organisation zu vereinigen.

Aus dem gleichen Grunde konnte auch dem Antrage des Vereines der Hausangestellten Berlin, diese Organisation an die Generalkommission anzuschließen, nicht zugestimmt werden.

Ferner wurde der Anschluß an die Generalkommission abgelehnt, weil der Verband der Hausierer und reisenden Händler, den Industriearbeiterverband für den Solinger Bezirk und den Verband der reisenden und gereizt habenden organisierten Arbeiter.

Der Verband reisender und gereizt habender organisierter Arbeiter oder „Allgemeiner Kundenverband“, wie er in dem Flugblatt genannt wird, in dem der Vorstand zum Beitritt auffordert, hat sich in München gebildet und soll den Zweck haben, den reisenden Gewerkschaftsmitgliedern einen Zutritt zu der Massenunterstützung zu gewähren, die sie von ihren Organisationen erhalten. Der genannte Verband kann als eine gewerkschaftliche Organisation nicht angesehen werden. Bewegungen in nicht der Anschließungsantrag abgelehnt, sondern der Verbandsleitung auch geraten worden, von der Austrittsentscheidung des Verbandes abzusehen.

In dem letzten Rechenschaftsbericht wurde mitgeteilt, daß die Generalkommission es abgelehnt habe, in Gemeinschaft mit bürger-

lichen Sozialreformern einen Arbeiterskongress einuberufen, wie auch die Gewerkschaften aufzusuchen, an diesem selbst teilzunehmen. Die Ablehnung erfolgte, weil die Gewerkschaften seit je bestrebt sind, die Lage der Arbeiterinnen unter Berücksichtigung der Eigenart der weiblichen Arbeiter zu verbessern, und, soweit dies angängig ist, auch die Erhebung dahin zu beeinflussen, daß eine wirksame Schutzesetzgebung für die Arbeiterinnen geschaffen wird.

Bemerkenswert ist noch, daß die Generalkommission eine Erbschaft von 15 000 Mk. erhalten hat. Erblaffer ist ein Kaufmann Biel in Düsseldorf. Die Erbschaftsumme ist unter Abzug von 1200 Mk. Erbschaftsteuer ausgezahlt worden. Ueber die Verwendung des Geldes sind im Testament des Erblassers besondere Bestimmungen nicht vorgesehen. Die Generalkommission ist in Erwägung darüber eingetreten, ob der Betrag einfach der Rasse der Generalkommission zur allgemeinen Verwendung überlassen werden; oder ob derselbe für besondere Zwecke reserviert werden soll. Ein Beschluß darüber noch nicht gefaßt.

Agitation. In den Einrichtungen der Agitationskommissionen für welche die erforderlichen Mittel ganz oder teilweise von der Generalkommission zur Verfügung gestellt werden, ist im Berichtsjahre eine wesentliche Verbesserung nicht vollzogen. Es sind Agitationskommissionen in Lüttich für Ostpreußen und den nördlichen Teil von Westpreußen, für Polen und den südlichen Teil Westpreußens, für Oberösterreich, für das Saue- und Siedlerland für das Sauggebiet, für Elsaß-Lothringen, für Rheingebiet, für Nordbayern und für Schlesien. Die Kommission für Schlesien hat weniger allgemeine Agitation zu betreiben, als vielmehr für die Beschaffung von Versammlungstotalen zu wirken. Die Kommission für Rheinland-Westfalen betreibt gleichfalls nicht selbständig Agitation, sondern hat vornehmlich den Zweck, ein Handhabbarwerden der Agitation der einzelnen Zentralverbände herbeizuführen. Die Agitationskommission für Oberbayern, die 1906 mit dem Sitz in München eingesetzt wurde, hielt ihre Aufgabe mit der Durchführung einer einmaligen Agitation im Allgäu für erledigt, weil die Verbände der beteiligten Organisationen und die Generalkommission sich nicht zur Anstellung eines besoldeten Beamten für den Bezirk entschließen konnten. Die Agitationskommission hielt selbst die Anstellung eines Beamten zurzeit noch nicht für erforderlich. Die Funktionen, welche die Agitationskommission zu erfüllen hätte, wurden dem Gewerkschaftsstarke in München übertragen, dessen Vorstand, bei gelegentlicher Hinzuziehung der Gauleiter, als Agitationskommission gilt.

Das Arbeitersekretariat für das Saarrevier, zu dessen Erhaltung die Verbände der Bergarbeiter, der Glasarbeiter und der Porzellanarbeiter Beiträge leisteten, wick seit April 1907 vollständig aus Mitteln der Generalkommission erhalten. Für den industriereichen Teil von Oberfranken, der zu dem Gebiet der Agitationskommission für Nordbayern gehört, ist ein Gewerkschaftsbeamter angestellt. Die Mittel werden aus den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder des Bezirks und aus Zuschüssen der beteiligten Organisationen und der Generalkommission gedeckt. Der Gewerkschaftssekretär hat seinen Sitz in Marktredwitz. Er hat vornehmlich die Agitation für die Ausbreitung der Gewerkschaften zu betreiben und nur gelegentlich Rechtsanstrengungen zu erteilen.

Für die Bodensee-Unterthanen (Oesterreich, Schweiz und Deutschland) besteht ein Informationsbureau, das den Zweck hat, die Organisationen in den am Bodensee liegenden Orten allwöchentlich über die im Bezirk geführten Lohnbewegungen und Streiks zu unterrichten. Die beteiligten Organisationen konnten die Ausgaben des Bureaus, das seinen Sitz in Konstanz hat, nicht vollständig decken und beantragten, einen regelmäßigen Zuschuß zur Erhaltung des Bureaus zu geben. Die Generalkommission verständigte sich daraufhin mit den gewerkschaftlichen Zentralstellen der anderen beiden an der See interessierten Staaten und werden dem Bureau von der Generalkommission Oesterreichs und der Generalkommission je 100 Mark und von dem Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes 60 Mark pro Jahr zur Verfügung gestellt.

Von der Generalkommission wurde auch der Versuch gemacht, durch Entsendung eines polnisch sprechenden Agitators in die polnischen Landesteile den Gewerkschaften mehr Eingang bei den polnisch sprechenden Arbeitern zu schaffen. Die Versammlungen, die in den Provinzen Posen und Oberschlesien abgehalten wurden, hatten jedoch nicht die erwartete Wirkung. Es befähigt sich auch hier, daß nicht durch gelegentliche Versammlungen, sondern nur durch fortgesetzte Kleinarbeit die Mitglieder für die Gewerkschaften gewonnen werden können.

Unterrichtskurse. Die von dem letzten Gewerkschaftskongress beschlossenen und von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskurse scheinen ihren Zweck, die Teilnehmer in bestimmte Wissensgebiete einzuführen und ihnen Anregung zum Weiterstudium zu geben, vollständig zu erfüllen. Es sind vom August 1906 bis März 1908 insgesamt 8 Kurse abgehalten. Die acht Kurse wurden insgesamt von 442 Teilnehmern besucht.

Statistik. Die von der Generalkommission bisher geführten Statistiken über die Entwicklung der Gewerkschaften, die Lohnbewegungen, die Streiks und Ausperrungen, die Gewerkschaftsstarke und die Arbeitersekretariate sind im letzten Jahre in gleicher Weise wie in früheren Jahren aufgenommen und bearbeitet. Die letzte Konferenz der Vertreter der Zentralverbände hat eine Kommission eingesetzt, welche die bisher benutzten Erhebungsmaterialien nachprüfen und, soweit möglich, verbessern und vervollkommen soll.

Die Hilfe der Gewerkschaften wird für die Arbeiten des Reichsstatistikamtes in immer umfangreicherer Weise in Anspruch genommen. Das ist erklärlich und selbstverständlich, denn Arbeiterstatistik läßt sich nur mit Hilfe der Arbeiterorganisationen betreiben. Auf der andern Seite sollte dann aber auch die Statistik über die Streiks und Ausperrungen nur unter Mitwirkung der Gewerkschaften aufgenommen werden. Dazu ist man auch im letzten Jahre nicht gekommen.

Internationale Verbindung. Die 5. internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die im September 1907 in Kristiania tagte, hat an der seit 1902 bestehenden internationalen Verbindung der Gewerkschaften wesentliche Änderungen nicht vorgenommen. Von den europäischen Ländern, in welchen eine nennenswerte Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist und eine gewerkschaftliche Landeszentrale besteht, gehört nur Frankreich dem internationalen Sekretariat nicht an. Die Landeszentrale in Frankreich verlangte schon von der 4. internationalen Konferenz, daß sie sich mit der Frage des Generalstreiks und des Antimilitarismus beschäftigen sollte. Diese Konferenz lehnte solches ab, und auch die Konferenz in Kristiania erklärte, daß es nicht die Aufgabe einer gewerkschaftlichen Konferenz sei, diese Fragen zu behandeln. Es scheint, als wenn die gewerkschaftliche Landeszentrale in Frankreich sich insgeföhren, wie schon seit dem Jahre 1906, von dem internationalen Sekretariat auch weiter fernhalten will. Voraussetzungen für die Organisation sich Geltung verschaffen, die in Erfüllung gewerkschaftlicher Aufgaben den Hauptzweck der Organisation erblickt. Dann wird auch der Anschluß der Landeszentrale an das internationale Sekretariat erfolgen.

Die internationale Verbindung ist gegenwärtig so weit ausgebaut, als sie bei der Verchiedenartigkeit der Aufgaben, welche die einzelnen Landeszentralen haben, ausgebaut werden kann. Eine weitere Ausgestaltung dieser Verbindung kann erst eintreten, wenn die Organisationen in den einzelnen Ländern in bezug auf die Finanzkraft und die Taktik eine mehr gleichartige geworden ist.

„Korrespondenzblatt“, Statistische Beilagen, „Operaio Italiano“, „Oswiata“, Gewerkschaftlich-Euchhandlung. Das „Korrespondenzblatt“ ist dadurch, daß die umfangreichen Statistiken und die Adressenverzeichnisse in besonderen Beilagen gebracht werden, wesentlich verbessert worden. Dadurch ist für den wertvollen Inhalt mehr Raum geschaffen, und durch das Zusammenfügen der statistischen Beilagen ist das in diesen befindliche Material leichter verwendbar. Außer den Statistiken, welche von der Generalkommission aufgenommen und bearbeitet werden, sollen auch andere statistische Arbeiten in besonderen Beilagen des „Korrespondenzblattes“ veröffentlicht werden. Diese Beilagen können, weil sie für sich numeriert sind, in einem besondern

Werde bereitwillig werden und bilden so ein stützbares Jahrbuch. Die Auflage des Korrespondenzblattes betrug im Januar 1907 21 000 und Ende Dezember 1907 23 000 Exemplare gegen 16 000 Exemplare Anfang 1906 und 17 700 Anfang 1905.

Das italienische Blatt „Operaio Italiano“ wurde auf Wunsch der Organisations der Maurer- und der Bauarbeiter von Berlin nach Hamburg verlegt. Seine Auflage betrug Ende 1906 12 500, Ende 1907 10 650 Exemplare.

Bei dem polnischen Blatt „Osmiata“ ist gegenüber dem Vorjahr eine Aenderung in der Ausstattung und der Erschließungsweise eingetreten. Das Blatt hatte Ende 1906 eine Auflage von 6000 Exemplaren und Ende 1907 eine solche von 6662 Exemplaren. Im Verhältnis zu der Zahl der polnisch sprechenden Arbeiter ist die Auflage noch sehr gering, doch ist zu berücksichtigen, daß der Verleger ein Verbandsorgan für die polnisch sprechenden Bergarbeiter ein eigenes polnisches Organ herausgibt.

Um die in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Personen mit Material zu versehen, veranlagte die Generalkommission Hermanns Verlag in Berlin, das Buch von Erdlich und Hirschfeld über die geographische Verbreitung der Gewerkschaften, und den Verlag von Duncker und Humblot in Leipzig, das Buch von Schönlank „Soziale Kämpfe vor dreihundert Jahren“, in einer besonderen Auflage zu einem billigeren Preise herauszugeben. Durch Umfrage bei den Vorständen der Zentralverbände konnte der Bedarf festgestellt und von der Generalkommission eine größere Auflage bestellt werden, wodurch sich die Preise für diese Bücher wesentlich erniedrigten.

Das Ende der gelben Herrlichkeit.

Die „Freie Deutsche Presse“, das in Dresden erscheinende Tagesblatt der „Gelben“, ist „heimgegangen“. 60 000 Mark haben die Unternehmer geopfert, um das Korrupte und korrumperende Preßzeugnis zu halten, dann ist es ihnen doch zu teuer geworden. In einem streng vertraulichen Zirkular, das von einem ganzen Anhang Dresdener Firmen unterzeichnet war, wurden die Unternehmer um milde Gaben angefleht; wie es scheint, ohne nennenswerten Erfolg. Auch als Abonnentensammler beteiligten sich die hochwichtigen Männer der gelben Gesellschaft. Bei der Firma Seibel u. Kaufmann wurden sogar die Kontorbeamten zum Abonnement der gelben Presse aufgefordert. Andere Firmen lieferten den Arbeitern das Verdauungsmittel umsonst, so die Papierfabrik von Krause u. Baumann. Aber alle Bemühungen scheiterten am gesunden Sinn der Arbeiter — die „Neue Freie Presse“ blieb schwindstüchtig.

Verloren wie ihr ganzes, ehrenvollerweise nur kurze Dasein, war auch ihr Grabmal. Es heißt in der letzten Nummer:

„Die Freie Deutsche Presse“ stellt mit dieser Nummer ihr Erscheinen ein. Diese Aufgabe ist gewiß bedauerlich im Interesse eines Zusammenschlusses der gesamten nationalen Arbeiter- und Geschäftswelt. Die Abonnentenzahl der „Freien Deutschen Presse“ wuchs zwar ständig, doch reichten die Einnahmen nicht hin, um die Unkosten decken zu können, und die Zeitung hätte auf absehbare Zeit hinaus Zuschüsse erfordert, um das fortgesetzte Erscheinen einer Tageszeitung zu ermöglichen. Das aber steht fest, daß die „Freie Deutsche Presse“ das erste und einzige Organ dieser Art war, das dem Zusammenschluß der nationalen Arbeiterkraft das Wort geredet und der nationalen Arbeiterbewegung eine Stimme gegeben hat. Nur war die Bewegung noch zu jung, um feste Formen gewinnen zu können. Aber der Gedanke des Zusammenschlusses ist ausgesprochen und er wird weiter verfolgt werden. Und daß dieser Zusammenschluß weiterhin kräftig erstarken möge als Bollwerk gegen die sozialdemokratische Part, das ist der Wunsch, mit dem wir uns von unsern Lesern verabschieden.

Nicht gesplitteln, sondern vereinen muß die Lösung sein! Im Zusammenschluß nur liegt die Kraft, liegt Macht.“

Auch der letzte Senfzer mußte noch eine Lüge sein. Wenn es heißt: „Die Abonnentenzahl wuchs zwar ständig“, so ist das eine launische Lüge. Es sind im Gegenteil in der letzten Zeit nur noch verhältnismäßig wenig Exemplare gedruckt worden, um die Restanten usw. belegen zu können. Und die wenigen wirklichen Abonnenten waren auch noch Zwangsabonnenten, nur gehalten durch den Terrorismus der Unternehmer.

Wahr ist dagegen der letzte Satz: „Im Zusammenschluß nur liegt die Kraft!“ Das haben die Arbeiter eingesehen und deshalb dem gelben Organ, das nur Uneinigkeit und Arbeiterverrat fördern wollte, den verdienten Fußtritt gegeben.

Wie sehr aber die Unternehmer um das „Wohl“ ihrer Schafe besorgt sind, mag man daran erkennen, daß sie vorsorglich für Ertrag des verreckten gelben Blattes besorgt sind. Ein Tagesblatt kann es allerdings nicht sein, die Scherzerei ist ihnen zu teuer gekommen, aber schließlich ist es auch ein Wochenblatt. Und so soll denn der Dresdener Gelbe ein Kopsblatt des von Lebius herausgegebenen „Bundes“ bekommen. Dieser können sie dann nicht mehr sinken, denn der „Bund“ dürfte das miserabelste alle deutschen Preßzeugnisse sein.

Die Schatzmacher sind übrigens eifrig bemüht, das erglommene Feuer der gelben Herrlichkeit wieder anzufachen.

In einer vor Kurzem in Köln unter Vorsitz des Geheimen Kammerpräsidenten und Landtagsabgeordneten Julius Vorstien abgehaltenen Versammlung des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln betonte der Geschäftsführer Paul Steller in seinem Jahresbericht, daß

„die Arbeitsverhältnisse, die unter dem Einfluß der guten Geschäftslage in den letzten Jahren sich sehr günstig gebildet hatten, jetzt naturgemäß für die Unternehmer ungünstiger geworden seien. Doch sei mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß bei Wiederkehr besserer Verhältnisse die Arbeiterkraft wieder einen stärkeren Standpunkt einnehmen werde. Daher sei es eine Hauptaufgabe der Industrie, die Heranziehung und Heranbildung von Arbeitskräften zu betreiben, die gewillt seien, mit dem Arbeitgeber eine Verständigung zu suchen, anstatt sie zu bekämpfen. Die Förderung der sogenannten gelben Gewerkschaften, das heißt: patriotischer und industriefreundlicher Arbeitervereinigungen, sowie die Heranziehung deutschsprechender Arbeiter aus dem Auslande müsse eine der wichtigsten Aufgaben sein.“

Man weiß nicht recht, ob man über den Synismus, mit dem die Heranziehung ausländischer Arbeiter und die Heranbildung gelber Gewerkschaften gefördert wird, lachen oder empört sein soll. Die Erklärung der „Gelben“ zu „patriotischen“ Vereinigungen könnte zum Lachen reizen, wenn man mit einem solchen „Patriotismus“ nicht Mitleid empfinden oder sich vor ihm ekeln möchte. „Vereinigungen zur Förderung moralischer Verklumpung“ wäre ein recht geeigneter Titel für die Gründer bzw. Protokollen der gelben Gewerkschaften. Daß sie so wenig Erfolg mit ihrem Bemühen haben, ist ein erhellender Beweis für die fällige Reife der deutschen Arbeiterkraft.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Saainstadt.** Sonnabend, den 11. d. Mts., wurden auf der Holzmannschen Ziegelei in Saainstadt 200 organisierte Arbeiter entlassen, weil sie nicht bedingungslos den vor 2 Jahren abgeschlossenen Tarif auf weitere 2 Jahre anerkennen wollten. Der Tarif lief am 1. April ab und mußte am 1. März gekündigt werden, wenn er Aenderungen erfassen sollte. Diese Kündigung haben die Arbeiter vorgenommen, um verschiedene Ungleichheiten in der Arbeitszeit im Winter, der Lohnzahlung, der Behandlung und um aber auch eine kleine Lohnerhöhung herbeizuführen. Es fanden dann am 18. und 23. März mit der Generaldirektion in Frankfurt am Main Unterhandlungen statt, die aber fast ergebnislos verliefen. Es wurde mehr über die Arbeitszeit, Lohnzahlung und Behandlung durch die Meister eine Verständigung erzielt, nicht aber über Lohnzahlung. Die Direktion erklärte es für unmöglich, auch nur 1 Pfennig pro Stunde gewähren zu können, und alle Vorschläge der Arbeiter, ab 1. Juli d. J. und 1. April nächsten Jahres je 5 Prozent Zulage

zu gewähren, wachen mit dem streikenden „Nein, es ist unmöglich“, beantwortet.

Als nun die Lohnkommission mit der Verwaltung fortgehen wollte, um den Arbeitern Bericht zu erstatten, fragte der Direktor, was die Arbeiter nun zu machen gedächten. Es wurde ihm erwidert, daß dann die Arbeiter vorläufig auf einen Tarifabschluß verzichten würden, worauf der Direktor Franke erklärte, er bestimme darauf, daß der alte Tarif auf weitere zwei Jahre Geltung haben müsse (erst verlängert er drei Jahre), andererseits er den Arbeitern kündigen und sich ausländische Arbeiter kommen lassen müsse. Hierbei zeigte er eine Liste mit Namen ausländischer Arbeiter, die jederzeit mit je 50 bis 60 Arbeitern (à la Zementfabrik) zur Verfügung ständen und bereit seien, sofort zu kommen. Auch das Angebot einer Beurlaubung zeigte er, worauf diese Lohnforderer sich nach des Tages Freunde erkundeten. Eine darauf abgehaltene Versammlung, in der Bericht erstattet wurde, lehnte diesen Vorschlag einstimmig ab, forderte aber die Verwaltung auf, um kein Mittel unversucht zu lassen, das zu einer friedlichen Lösung beitragen könnte, den Bürgermeistern als auch die Gewerbeinspektion um Vermittlung anzusuchen. Der Herr Bürgermeister, als auch der Herr Gewerbeinspektor Schweileri haben sich denn auch ehrlich bemüht, eine Verständigung herbeizuführen, leider ohne jeglichen Erfolg, wie sie in der am 8. d. Mts. abgehaltenen Versammlung berichteten. Aber auch nach diesem Bericht lehnten es die Arbeiter ab, sich bedingungslos auf zwei Jahre zu unterwerfen.

— **Hamburg.** Zum Streik bei Koch u. Co., Wandbühl, Kunstleder- und Pappfabriken, ist folgendes zu berichten: Am Montag, 6. April, wurde in einer Zusammenkunft der Streikenden beschlossen, nochmals persönlich durch eine Kommission an den Firmeninhaber heranzutreten. Ein Schreiben ließ die Firma unbeantwortet. Im Verlog dieses Beschlusses begaben sich am Dienstagvormittag zwei Vertreter des Verbandes zu Herrn Koch. Die Vertreter wurden im Vorraum des Privatkontors empfangen und der Bitte, einen Augenblick zu warten. Dieser Augenblick dehnte sich aber auf dreiviertel Stunden aus und da immer noch keine Aussicht bestand, die Unterredung zu beginnen, verabschiedeten sich die Vertreter mit dem Vermerk, am Mittwoch wieder zu kommen. Am Mittwoch, 8. April, fand dann eine Unterredung zwischen dem Firmeninhaber und den Verbandsvertretern statt. Die Verhandlung erstreckte sich nur auf Erklärungen, indem Herr Koch gleich erklärte, er unterhandle überhaupt nicht mit einer Kommission, auch nicht mit einer Kommission der Streikenden. Die Streikenden sollten einzeln oder auch zu zweien und dreien erscheinen, dann wolle Herr Koch event. über die Einstellungsbedingungen mit ihnen sprechen. Der Vertreter des Verbandes erklärte darauf, daß die Unterhandlung nur zu dem Zweck nachgesucht sei, um auf der Grundlage der eingereichten Forderungen zu versuchen, eine Verständigung zu erzielen. Von einer Verhandlung in diesem Sinne wolle Herr Koch nichts wissen. Demnach ist dieser zweite Versuch, unternommen von Seiten der Arbeiter, um eine Verständigung herbeizuführen, gescheitert. Nun, die Streikenden werden sich damit abfinden. In die Verlegenheit, mit einzelnen zu verhandeln, wird Herr Koch wohl nicht kommen, denn die Streikenden wissen ganz gut, daß der Betrieb mit den zusammengelassenen Kaufstücken nicht aufrecht zu erhalten ist. Der Herr Betriebsleiter Schmidt erbat etwas drum geben, wenn er ein paar von den alten eingearbeiteten Leuten wieder im Betrieb hätte. Aber der kurzfristige Schwarzmacherstandpunkt läßt es auch bei diesem Lohnkampf nicht zu, eine ehrliche Verständigung mit den Arbeitern herbeizuführen, lieber läßt man sich von den Arbeitswilligen das Geschäft ruinieren und fabriziert Schundware, um dann nachher à la Fiermann der Gewerkschaft oder gar der Sozialdemokratie die Schuld in die Schuhe zu schieben. Noch nicht einmal 25 Mark beträgt in diesem Falle der höchste geforderte Wochenlohn; jeder verständige Mensch wird sagen, daß das das Minimum ist, um notdürftig existieren zu können. Die im Betrieb einquartierten Kaufstücken haben sich am Donnerstag in den Haaren gelegen, wobei der eine seinen Gegner mit dem unvermeidlichen Revolver bedroht hat. Am Mittwoch sprang ein Arbeitswilliger aus dem Fenster des Quartiers und rief den Streikposten zu: „Halte das Maul, oder ich schief auch eine Kugel in A...!“ Ein an der Fabrik vorbeifahrender Kohlenfuhrer und sein Begleiter wurden auch mit dem Revolver bedroht. Ein Teil dieser Götzen hat überhaupt keinerlei Papiere, und sollen sich sogar einige von der Polizei gesucht unter ihnen befinden. Neu wäre dieses ja nicht, denn jeder Spitzbube und Gallunke weiß, daß er sich nur als Arbeitswilliger anwerben zu lassen braucht, um vor der Polizei sicher zu sein. Es wäre überhaupt notwendig, daß die Behörde dem Quartier in der Fabrik ein Ende macht, denn die Zustände entprechen doch keineswegs den gesundheitlichen Anforderungen und bilden eine Gefahr für die übrige Einwohnerchaft. Ist doch schon einer der Arbeitswilligen erkrankt und abgeholt worden. Wie man hört, soll er an einer ansteckenden Krankheit verstorben sein. Die Arbeiterchaft ist es ja gewohnt, daß die Behörden bei Lohnkämpfen den Arbeitgebern in größtmöglicher Weise entgegen kommen, aber alle diese Maßnahmen werden es nicht dahin bringen, daß sich Herr Koch bei seinem Betriebsleiter extra bedanken wird, sondern er wird, mag der Kampf enden wie er will, für spätere Fälle eine Verständigung vorziehen.

— **Schönebeck.** Die Arbeiter der Sprengstoff-Fabrik von A und B. Alendorf (Abteilung Erie) hatten der Direktion folgende Forderungen unterbreitet: Anfangslohn 35 Pf. pro Stunde (bisher 30 Pf.), die jetzt bestehenden Löhne sind um 5 Pf. pro Stunde zu erhöhen; bei Säurearbeiten sind 45 Pf. pro Stunde zu zahlen. Einführung der 10stündigen Schicht (bisher 12 Stunden). Sonntagsarbeit wird mit 50 Prozent Zuschlag entschädigt. Alle bis jetzt in hygienischer und sanitärer Beziehung bestehenden Einrichtungen sind beizubehalten. Die Kollegen begründeten ihre Forderungen damit, daß Leben und Gesundheit in diesem Betriebe in ganz besonderer Maße gefährdet sind. Der Wechsel der Arbeiter ist sehr groß. Auch waren ungefähr 40 Prozent der beschäftigten Arbeiter im letzten Jahre krank. Unfälle, durch Explosion verursacht, waren eine ganze Anzahl zu konstatieren. Die Direktion schien auch davon unterrichtet zu sein und verhandelte mit dem Arbeiterausschuß. Die Forderungen wurden nach längeren Beratungen mit kleinen Änderungen bewilligt. Vielleicht war auch der Direktion bekannt geworden, daß alle in dieser Abteilung beschäftigten Arbeiter organisiert waren. Ein großer Teil Arbeiter und Arbeiterinnen anderer Abteilungen hat es bis heute noch nicht für notwendig gehalten, sich der Organisation anzuschließen, obgleich in letzter Zeit sogar noch Abgänge stattgefunden haben. Es mag deshalb die Ermunterung der Abteilung Erie andern als Beispiel dienen.

In einer Betriebsbesprechung der Firma Futterfabrik von A. Nalshoff beschwerten sich die Arbeiter über schlechte Wohnverhältnisse. Es war in letzter Zeit vorgekommen, daß Familienarbeit pro Tag zwei Mark in Alford verdient hatten. Auch der Betrieb (ein großer Breiterichuppen) war sehr baufällig, so daß die Arbeiter fortwährend in Lebensgefahr sich wussten. Der Boden war mit ungefähr 2000 Zentnern belastet, so daß sich schon seit längerer Zeit große Senkungen zeigten. Die Firma wurde nun erucht, Abhilfe zu schaffen. Als Antwort ließ dieselbe sämtliche neuen Wasser auführen. Von der Bauaufsicht wurde Mitteilung gemacht. Herr Nalshoff schien nun auch trotz verschiedener Inzerate in der hiesigen bürgerlichen Zeitung keine Arbeitswilligen zu bekommen und wandte sich deshalb an die Korrigenden-Anstalt in Groß-Salze, welche ihm auch bereitwillig mehrere Mann zur Verfügung stellte. Die Organisationsleitung wurde bei der Direktion genannter Anstalt vorstellig und machte selbige auf die Bauaufsicht des Gebäudes aufmerksam. Hierauf wurden die Korrigenden wieder zurückgeschickt. Einige Tage später kürzte ein Teil des Gebäudes in sich zusammen. Zum Glück war niemand an dieser Stelle beschäftigt. Zwei Arbeitswillige hatten gerade auf dem Hofe beschäftigt. Die Gewerbeinspektion schickte nach dem Einbruch an den Polizeirevier folgende Schreiben: „Hierdurch teile ich ergeben mit, daß Ihre gest. Schreiben vom 11. März, betr. die Firma Nalshoff, in meine Hände gelangt ist und die Angelegenheit untersucht werden

wird.“ — Deiner also zu spät. Auch die Polizei schickte einige Mannschaften nach dem Betriebe. Anstatt sich aber um den Betrieb zu kümmern, forderten sie die Streikposten auf, die Straße zu verlassen. Der Streik wurde nach 14 Tagen durch beiderseitige Vereinbarung beendet.

Korrespondenzen.

* **Augsburg.** Die Gelben von Wert Augsburg haben ihren „Geschäftsbericht“ herausgegeben. Auf gelbem Papier — das ist das Symbol — und in großem Format — dafür waren Zweckmäßigkeitsgründe maßgebend. Es erleichtert nämlich die Verwendung zu allerlei Zwecken. Nur schade, daß das Papier bedruckt ist, dadurch hat es entkieschen verloren. Nach dem Bericht standen die gelben Unternehmeroldbedichte Ende 1907 mit 21 402 gelben Gefinnungsgeboten in Verbindung. Nachprüfen lassen sich die Zahlen nicht. Aber selbst, wenn sie richtig wären, besagten sie nichts, denn die Mehrheit der Arbeiter wird durch den Druck der Unternehmer und deren Handlanger in die gelben Vereine hineingetrieben. Der Bericht bringt auch eine Aufzählung der „Erfolge“ der gelben Truppe. Wunderbar genug sehen diese allerdings aus. So wurde „an Anregung der Gelben“ von der Betriebskrankenkasse beschlossen, bei Erkrankungen von der 6erten Woche ab für die Sonntage Krankengeld, sowie für Kinder unter 14 Jahren ein Sterbegeld von 10—20 Mark zu zahlen. Weiter wurde beschlossen, die Beiträge herabzusetzen. Dadurch werden angeblich 7000 Mark an Beiträgen „gepart“. Das dadurch aber auch der Unternehmer 35 000 Mark jährlich weniger zu zahlen braucht, die wenn die Leistungen angemessen erhöht worden wären, den Arbeitern zugesprochen wären, scheint die gelbe Gesellschaft nicht zu merken. Dann wurden 3 Tage — drei zu Tage — Urlaub gewährt; aber nur denen, die daraus „ausnutzen“. Ein weiterer „Erfolg“ ist der billige Kartoffelbezug und die — Beschaffung eines Raumes für die ärztlichen Untersuchungen in der Fabrik. Damit ist die Liste aber noch nicht erschöpft. So ist die Errichtung eines eigenen Konsumvereins „in Aussicht genommen“ und für den Bau einer Halle für Turner und Sänger und eines Kindergarten, „Projekte in Bearbeitung“. Weiter will der gelbe Vorstand bei der Direktion „nachsuchen“, sie möchte den Bau weiterer Fabrikwohnungen „in Aussicht nehmen“. Er will auch „bei gegebener Zeit die Direktion eruchen, ein Altersheim zu errichten für alte treuen Arbeiter“. — Das ist einfach wunderbar! Da wird einem ja ganz gelb vor den Augen. Was da alles geplant, projiziert und in Aussicht genommen ist, geht ja auf keine Gießhaut, und wenn es die eines gelben Vorstandssekretärs wäre. Ob es den Arbeitern denn gar nicht zum Bewußtsein kommt, daß sie auf geradezu tölpelhafte Weise über ihre wahren Interessen weggetäuscht werden? Warum, so fragen wir, verlangt der gelbe Vorstand nicht höhere Löhne, statt Wohlfahrtsvereinigungen zweifelhafter Art? Weil das dem Unternehmer ganz andre Summen kosten würde und trotzdem kein Mittel wäre, die Arbeiter so an den Betrieb zu fesseln, wie mit Arbeitervereinigungen und dergleichen. Der Unternehmer rechnet eben besser wie die Arbeiter. Auf die Dauer wird übrigens die gelbe Freundschaft nicht halten. Schon machen sich hier und da Gegenströmungen innerhalb der Gelben bemerkbar. Den Unternehmern werden selbst die kleinen Geschenke, die die Freundschaft erhalten sollen, zuviel, und den Arbeitern dämmert allgemach die Erkenntnis, daß sie dämmern gehandelt haben, wie einst Chau. Wir können der Entwicklung mit Ruhe entgegensehen.

* **Eßershausen.** Christliche Agitationsweise. Der christliche Gewerkschaftsbeamte Frankenberg aus Hannover versucht, mit Hilfe des Pastors Wilken, des Zimmermeisters und des Kriegervereins hier eine Filiale der christlichen Gewerkschaft zu gründen. Nachdem es Frankenberg trotz seiner Freibriefspende noch nicht gelungen ist, hier festen Fuß zu fassen, statuiert er und der Maurer Otto Boges dem Pastor Wilkens am Sonnabend, dem 4. April, einen Besuch ab. Nachdem er dem Pastor Wilkens versprochen hatte, daß die christlichen Gewerkschaften die „vaterländischen Interessen“ vertreten, ersuchte er diesen, mit dem Zimmermeister Walter in Verbindung zu treten, damit dieser eine Kriegervereins-Verfassung ändern und um dann der Gründung näher zu treten. Eine öffentliche Versammlung einzuberufen scheuen sich diese braven Gottesmänner, denn in dieser hätten sie — wie sie selber sagen — diejenigen, die sie nicht haben wollen. Es bleibt nun abzuwarten, ob Pastor Wilkens diesen Auftrag ausführt, denn wie kann es dieser Herr mit seiner Stellung bereinkommen, die Arbeiterchaft in ihrem Kampfe zu zerpfücken. Sollte er aber Lust dazu verspüren, so muß er auch die Folgen davon tragen und wir würden den Kampf gegen diese Arbeiterfreunde mit aller Energie aufnehmen. Mag sich der Herr Pastor doch erst einmal bei seinen Krimmischauer Berufscollegen erkundigen, was diese mit ihrer Agitation gegen die freien Gewerkschaften bezweckt haben. Damals antwortete die Krimmischauer Arbeiterchaft mit einem Waffenaustritt aus der Kirche. Der Arbeiterchaft von Eßershausen und Umgebungen raten wir, sich, soweit es noch nicht geschehen, den freien Gewerkschaften anzuschließen, damit die dümmen Pläne der Gegner zunichte werden.

* **Färth i. S.** Die Unternehmer in der Papier- sowie in der chemischen Industrie gewöhnten sich allmählich daran, unre Organisations als berechtigte Vertreterin der Arbeiter anzuerkennen. Herr Dr. Forchheimer, Inhaber einer chemischen Fabrik in Färth, war stets bemüht, die Organisation in „seinem“ Betriebe nicht aufkommen zu lassen. War ein Arbeiter organisiert und der Herr Doktor erhielt Kenntnis davon, so wurde der Arbeiter entlassen, aber nicht wegen Organisationszugehörigkeit, sondern weil — keine Arbeit für den Betreffenden mehr da war. Daß es trotzdem gelungen ist, die Arbeiter in diesem Betriebe vollständig zu organisieren, ist nicht zuletzt das Verdienst des Vorarbeiters Federer. Genannter Herr verstand es vorzüglich, die Arbeiter zu benutzieren und zu schikanieren, bis endlich die Geduld der Arbeiter riß und sie sich samt und sonders der Organisation anschlossen. Es ist auch schon ein Erfolg in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Den Anstoß zum Eingreifen der Organisation gab Herr Federer durch die Entlassung eines Arbeiters. Die Wiedereinstellung des Arbeiters konnte zwar nicht erreicht werden, wohl aber wurde von Herrn Forchheimer die Organisation anerkannt, für Ueberstunden und Sonntagsarbeit wurden 30 Prozent Zuschlag gewährt und ebenso 5 Minuten Wajzeit vor jeder Pause zugesprochen.

In der Widels-Metallpapierfabrik, G. m. b. H. in Färth, hatte die Organisation schon schwere Kämpfe durchzumachen. Vor drei Jahren war die gesamte Arbeiterchaft in diesem Betriebe organisiert, durch einen verlorenen Streik wurde die Organisation vernichtet. Die Folgen waren Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ein Betriebsleiter namens Spannmüller führte ein Regiment, wie es in Ostpreußen üblich ist. Wenn nur die Verwaltung bestand, ein Arbeiter oder eine Arbeiterin sei organisiert, sofort flog der oder die Betreffende unbarmerzig hinaus. Doch strenge Herren regieren in der Regel nicht lange! Der Teufel (Sitra) trieb sein Spiel, und der Herr Betriebsleiter und Organisationsberichter wurde wegen Faltschelds zu 9 Monaten verurteilt. Während der Herr Betriebsleiter hinter den schwebenden Gardinen saß, bemerzten die Arbeiter die Gelegenheit und schlossen sich sämtlich unserem Verbands an. Nun wurde der Stiel umgekehrt. Als der Herr Betriebsleiter nach Verschärfung seiner Strafe sein Regiment wieder antreten wollte, war es die organisierte Arbeiterchaft, die erklärte: lieber auf die Straße, als mit dem Herrn wieder zusammenarbeiten. Jetzt kann der Herr Betriebsleiter „Svine kopfen“. Nun war wieder Ordnung in der Fabrik, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besserten sich wieder, die Organisation war anerkannt, und es machte sich ein ganz gutes Zusammenarbeiten zwischen Betriebsleitung und der Arbeiterchaft bemerkbar, und das nicht zum Schaden des Betriebs. Doch niemand kann in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt! Ein neurengagierter Direktor aus Oberhessen hatte zwar nichts gegen die Organisation einzuwenden, nur — in „seinem“ Betriebe wollte es nicht dauern. Einige Betriebsleiterungen wurden selbst

Das Märchen von den kolossalen Lohnsteigerungen.

Bis in die letzten Wochen hinein wurde in der Unternehmensexpresse mit Vorliebe das Thema von den gestiegenen Löhnen behandelt. Jeder Preisaufschlag wurde mit Hinweis auf die gestiegenen Lohnkosten verteidigt, und die Junker erklärten frech: das Steigen der Löhne erlaube ganz gut ein noch weiteres Hinaufgehen der Lebensmittelpreise und weitere Belastung der Arbeiterschultern mit neuen indirekten Steuern! Als Genosse Dr. Südekum am 15. Januar d. J. im Reichstage die Frage aufwarf: „Wo bleibt denn der Segen dieser vielgerühmten Handelspolitik, welche die Mehrheit uns aufgezwungen hat; wo bleibt der Segen namentlich für die Minderbemittelten? Da rief der Abgeordnete v. Camp: **Zu der kolossalen Lohnsteigerung!**

Dieses fortgesetzte Betonen erheblicher Lohnsteigerung hat schließlich eine Vorstellung erweckt, die mit den tatsächlichen Verhältnissen im Widerspruch steht. Ganz besonders das Jahr 1906 soll nach den Behauptungen aus dem Unternehmerrager riesige Lohnsteigerungen gebracht haben. Da aus manchen Industrien im Jahre 1907 bereits wieder Schmälerung der Arbeitererlöse zu verzeichnen ist, lohnt es sich wohl, grade an der Entwicklung der Löhne im Jahre 1906 zu zeigen, daß die Phantasie der Wirklichkeit um ein gut Stück voraus geeilt ist. Die Prediger des Harmoniestandpunkts behaupten, der Arbeiter werde des Segens jeder Hochkonjunktur in ausreichendem Maße teilhaftig. Nun war 1906 unbefritten das Glanzjahr der Hochkonjunktur. Prüfen wir nun, was dieses Glanzjahr den Arbeitern gebracht hat. Nachstehend geben wir zunächst eine Aufstellung nach den Rechnungsergebnissen der 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften:

	1905	1906
Zahl der durchschnittlich Versicherten	8 195 782	8 625 500
Zahl der Vollarbeiter a 300 Arbeitstage	7 159 842	7 512 728
Tatsächlich verdiente Löhne und Gehälter in Mark	6 959 009 239	7 720 015 061
Tages-Durchschnittslohn eines Vollarbeiters in Mark	3,24	3,42
Jahreseinkommen eines durchschnittl. Versicherten in Mark	849	895

Demnach stellen sich die Lohnsteigerungen auf 5,86 Prozent für Durchschnittstageslöhne und auf 5,42 Prozent für die wirklich erzielten Jahreslöhne. Die Steigerungen sind, absolut betrachtet, ganz respektabel. Sie schrumpfen aber zur Bedeutungslosigkeit hinab, wenn man sie im Lichte der gestiegenen Lebensmittelpreise betrachtet. Die Berechnungen über die Höhe der Verteuerung der Lebenshaltung gehen ziemlich weit auseinander. Leider ist eine sichere, einmündige Statistik nicht möglich, weil es an genügenden Preisfeststellungen fehlt. Berechnungen nach den Marktpreisen großer Städte ergeben eine Belastung der Haushaltungskosten von ca. 5 Prozent. Unwidersprochen sind die Preissteigerungen auf dem flachen Lande **doppelt so hoch** berechnet worden. Nehmen wir vorsichtigerweise eine Belastung an, die nur 5 Prozent des Einkommens ausmacht, dann stellt sich nach dem Reichsdurchschnitt der über die Verteuerung hinausgehende Mehrerwerb auf rund 4 Mark pro Kopf und Jahr. Damit können die Arbeiter ihre Lebensstellung ja fürstlich aufbessern! Da die obige Lohnsteigerung bei der Durchschnittsberechnung herauskommt, die Lohnaufbesserungen aber nicht überall gleich waren, so ergibt sich schon daraus, daß ein Teil der Arbeiter und zwar derjenige, der mit der Einkommenssteigerung unter dem Durchschnitt geblieben ist, nicht nur seine Lebenshaltung nicht verbessern konnte, sondern sogar noch Verschlechterung erlitt. Unter den für unsere Organisation hauptsächlich in Betracht kommenden 7 Berufs-genossenschaften finden wir **nur eine**, bei der der Jahreslohn über den Durchschnitt hinausgeht. Bei 2 Berufs-genossenschaften übertrifft die erzielte Lohnsteigerung den Durchschnitt. Nunmehr geben wir eine Aufstellung, in der die Tagesdurchschnittslöhne der erwähnten 7 Berufs-genossenschaften berücksichtigt sind:

	Zahl der Vollarbeiter a 300 Arbeitstage		Summe der tatsächlich gezahlten Löhne u. Gehälter in 1000 Mark		Mitteln Betrag der Tagesdurchschnittslohn in Mark		Die Lohnsteigerung in %	
	1905	1906	1905	1906	1905	1906	1905	1906
B.-G. der Chem. Industrie	185 820	195 356	197 472	217 315	3,54	3,71	4,80	
Ziegelei-B.-G.	194 210	198 877	180 112	190 529	3,09	3,16	2,29	
Zucker-B.-G.	57 562	58 836	50 087	53 989	2,90	3,06	5,52	
Papiermacher-B.-G.	80 117	82 536	60 930	66 430	2,53	2,68	5,93	
Papierverarb.-B.-G.	116 960	122 433	98 156	105 197	2,79	2,86	2,51	
Nahrungsmittelindustrie-B.-G.	97 562	115 589	76 881	94 432	2,63	2,72	3,42	
B.-G. d. Molkerei, Brenn- und Stärkeindustrie	44 812	48 142	33 677	42 518	2,87	2,94	2,44	

Bei den aufgeführten B.-G. stellt sich die Zahl der Vollarbeiter auf 821 769. Diese Zahl deckt sich nicht mit der der wirklich Beschäftigten. Die Summe der von der Gesamtheit der beschäftigten Personen geleisteten Arbeitstage wird durch 300 dividiert. Das so gewonnene Resultat gibt die Zahl der sogenannten Vollarbeiter an. In Industrien, wo viel Saisonarbeit herrscht und nicht das ganze Jahr hindurch gearbeitet wird, ist daher die Zahl der Vollarbeiter geringer als die der tatsächlich Beschäftigten. Betrachtet man die obige Zusammenstellung, dann lehrt ein Blick, daß nur

bei zwei B.-G. die erzielte Lohnsteigerung über den bei sämtlichen 66 gewerblichen B.-G. sich ergebenden Durchschnitt hinausgeht. Aber die Tagesdurchschnittslöhne von 2,68 Mk. und 3,06 Mk. für das letzte Jahr bleiben in beiden B.-G. weit hinter dem Reichsdurchschnitt von 3,42 Mk. zurück. Dieser wird nur in der chemischen Industrie, diesem Großbetrieb für Leichen, Krüppel und Kranke, überholt, während er in den übrigen 6, mit ca. **dreiviertel Million** Arbeitern, bei weitem nicht erreicht wird. Ein etwas günstigeres Resultat ergibt eine Zusammenstellung nach erzielten Jahreslöhnen, die hier folgt:

B.-G. der Gewerlichen Industrie	Zahl der durchschnittlich Versicherten		Jahreslohnsumme pro-beruflicher Arbeiter in Mark		Die Lohnsteigerung Betrag in Prozent
	1905	1906	1905	1906	
Ziegelei-B.-G.	192 381	202 177	1026	1074	4,68
Zucker-B.-G.	289 729	288 888	625	659	5,44
Papiermacher-B.-G.	97 158	95 581	515	565	9,71
Papierverarbeitungs-B.-G.	76 887	80 448	791	826	4,42
Nahrungsmittelindustrie-B.-G.	116 960	122 433	839	859	2,38
B.-G. der Molkerei, Brennerei- und Stärke-Industrie	110 338	128 481	691	735	6,36
	44 423	48 882	871	869	0,23

Die Gesamtzahl der durchschnittlich Versicherten stellt sich für das letzte Jahr auf 966 890. Bei der Ziegelei-, Zucker- und Nahrungsmittelindustrie-B.-G. ist die Steigerung der Jahreslöhne stärker als die der Tagesdurchschnittslohnbedienste. Das ist das Resultat vermehrter Arbeit. Die auf den Einzelnen entfallenden Arbeitstage haben Zunahme erfahren. Es kommen auf jeden durchschnittlich Versicherten:

	Arbeitstage	
	1905	1906
Ziegelei-B.-G.	201,1	206,5
Zucker-B.-G.	177,7	184,6
Nahrungsmittelindustrie-B.-G.	258,3	277,6

Der Mehrerwerb wurde in der Hauptsache durch vermehrte Arbeit, durch Verlängerung der Kampagne erzielt. Da die Saison länger war, schwand natürlich auch die Möglichkeit, noch Mehrerwerb zu finden, oder aber dieser wurde mindestens im Verhältnis zu der Verlängerung der Berufsarbeiten eingeschränkt. Für die Arbeiter in der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie ist der Jahreslohn direkt zurückgegangen und in den übrigen drei Berufs-genossenschaften ist die Steigerung des Jahreslohnes geringer als die Lohnsteigerung pro Arbeitstag. Eine ganz sichere Erklärung kann für dieses Resultat an Hand der berufs-genossenschaftlichen Nachweise nicht gegeben werden; zum Teil dürfte es darauf zurückzuführen sein, daß die Arbeitstage länger geworden sind — durch Überstunden. Bei Feststellung der Arbeitstage bleibt nämlich die Dauer derselben fast vollständig unberücksichtigt, so daß Arbeitstage von 8 Stunden mit denen von 14—16 Stunden und mehr einfach ganz mechanisch zusammengeworfen werden. Jedenfalls geht aus den obigen Berechnungen hervor, daß für die Mehrzahl der Arbeiter von einer großen Lohnsteigerung gar nicht gesprochen werden kann.

Dabei muß ermogt werden, daß bereits im vorigen Jahre in manchen Industrien die vielaufsteigende Bewegung eingesetzt und jetzt immer noch anhält. Die Löhne sind teilweise wieder stark zurückgegangen, die Einkommensverhältnisse haben sich verschlechtert. Aber die Haushaltungskosten halten sich auf dem Niveau der Hochkonjunktur. Zwar sind die Fleischpreise etwas gefallen, dafür gingen die Getreide- und Brotpreise enorm in die Höhe. Auch andre, besonders für den bescheidenen Haushalt wichtige Nahrungsmittel, z. B. Kartoffeln und Gemüse, sind teurer geworden, so daß sich gerade für die Familien mit kleinem Einkommen die Haushaltungskosten gegen das Glanzjahr 1906 wohl noch gesteigert haben.

Nun machen mit gewaltigem Druck die Folgen der Hochkonjunktur sich geltend. Und was taten die Volksvertreter im Reichstage? Junker, Scharfmacher scharten mit den freisinnigen Troßbüben der Reaktion sich zusammen und schmiedeten ein Vereinsgesetz, das die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften weiter einengt. Damit soll den Arbeitern es erschwert werden, die Lebensmittellieferung durch Erringung höherer Löhne auszugleichen; ja man will die Arbeiterbewegung derart schwächen, daß das Unternehmertum die Kosten der Zollwucherpolitik und der Wirtschaftskrise auf die Schultern der Arbeiter abwälzen kann. Zu diesem Zwecke spielt der Liberalismus den politischen Hausknecht der Junker und Scharfmacher. Der Hungerschrei aus den Proletarierhütten ist ein Verdammungsurteil der freisinnig-liberalen Parteien.

Aus der chemischen Industrie.

Das Unternehmerrorgan über unsere Tarifverträge.

Mehr Beachtung als bei manchen Kollegen findet unsere neueste Verbandsveröffentlichung über die im Jahre 1907 abgeschlossenen Tarifverträge im Organ unserer Unternehmerr. In Nr. 7 der „Chemischen Industrie“ vom 1. April d. J. bespricht dort der unsern Lesern bekannte Berliner Privatdozent Dr. Großmann unsere Vertragsabschlüsse und deren Herausgabe in einer Schrift. Dort liest man: „Vorerst sei anerkennend darauf hingewiesen, daß sich der Verband mit dieser Veröffentlichung unzulänglich ein gewisses Verdienst erworben hat, das auch durch die agitatorische Nebenabsicht (?) dieser Publikation und einige unzureichende Ausführungen in der von einem ungenannten Verfasser herrührenden Vorrede nicht geschmälert wird.“ Schade, daß das Unternehmerrblatt durch seinen Mitarbeiter die „unzu-

treffenden Ausführungen“, die unser Verband angeblich zur Einleitung der Tariffammlung gemacht haben soll, nicht näher bezeichnet. Wir hätten uns so gern belehren lassen und hinzugehört. Aber so läßt sich auf die absichtlich all-gemein gehaltene Anschuldigung nicht einmal antworten. Und die „agitatorische Nebenabsicht“, die wir mit der Veröffentlichung verfolgen sollen! Soweit für Tarifverträge mit Schriften agitiert werden kann, soll natürlich auch unsere Veröffentlichung für solche „agitieren“. Vor der „einstmalig im Schwange gewesenen, über alles vernünftige Maß hinausgehenden Beurteilung“ warnen wir in der Vorrede ebenso, wie vor einer „übertrieben günstigen Beurteilung“ von Tarifverträgen. Sachlicher kann man doch nicht sein. Und man sollte meinen, wenn das Unternehmerrblatt seit einiger Zeit ebenfalls Tarifverträgen das Wort redet, brauchte es an jener unserer „agitatorischen Nebenabsicht“ keinen Anstoß zu nehmen.

Sodann fährt Dr. Großmann fort: „Es handelt sich zwar nur um 18 Betriebe der chemischen Industrie, über die nähere Angaben vorliegen. Aber es ist durch diese Veröffentlichung möglich geworden, ein lares Bild über die Lage einzelner Arbeitergruppen der chemischen Arbeiter zu gewinnen, sodaß derjenige, der sich mit der Lage der chemischen Arbeiter beschäftigt, diese Veröffentlichung nicht beachten müssen. Ferner handelt es sich keineswegs nur um kleine Betriebe.“ Das bedeutet die runde und glatte Anerkennung, daß unser Verband immer wieder die einzige Macht ist, die Klarheit und Bewegung in die Arbeitsverhältnisse der Giftstätten bringt und die öffentliche Aufmerksamkeit auf sie lenkt. Freilich in dem Unternehmerrblatt wird die nähere Erörterung dieser Verhältnisse a b g e l e h n t. Sein gelehrter Mitarbeiter fährt nämlich fort: „Ein Vergleich der Lage der einzelnen Arbeiter liegt außerhalb des Rahmens dieses Aufsatzes und wird auch besser für später aufgehoben, wo das Material reichhaltiger ist und allgemeiner Schlüsse gestattet.“ Das ist wieder schade! Man soll doch zeitig prüfen und vergleichen, auch auf der Unternehmerrseite, um unnütze Reibereien und Aufenthalt zu vermeiden. An die Mehrzahl der Leser des Unternehmerrorgans wird unser Verband in den nächsten Jahren doch mit Forderungen und Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse herantreten. Wäre es da nicht besser, sie überlegen jetzt schon an der Hand der bereits abgeschlossenen Tarifverträge, daß sie recht gut manches nachgeben könnten? Dr. Großmann hätte sich ein Verdienst erworben, wenn er durch Eingehen auf den Inhalt der Abschlüsse seine Einwirkung auf unsere Kapitalisten versucht hätte, statt zu erklären, das „liege außerhalb des Rahmens“ seines Aufsatzes. Gar mancher Scharfmacher und Direktor kann aus unserm Büchlein lernen. Zunächst bezüglich der Arbeitszeit. Sechs Tarifverträge haben dieselbe begrenzt, Hamburg, Celle, Glückstadt und Puchheim bei München auf 10 Stunden, ein Betrieb in München auf 9 1/2 Stunden, eine Schallplattenfabrik in Hannover auf 9 Stunden. Das sind natürlich erst Anfänge, die noch viel weiter, zunächst bis zum Achtstundentage, ausgebildet werden müssen, der gerade für die chemischen Arbeiter so nötig ist wie das tägliche Brot. Aber ihr Hauptwert liegt vorläufig vor allem darin, daß sie das Unwesen der Gratisüberstunden in der chemischen Industrie bei der Wurzel fassen. Ueberall, wo ein Arbeitstag vereinbart ist, gehört eine Extrabehaltung der Ueberarbeit zum Tarifvertrage. Und das ist ein gewaltiger Fortschritt! In einem Hamburger Tarifvertrag ist überdies die Maisfeier zugestanden. Urlaub wird durch zwei Abschlüsse eingeführt. In einer Schallplattenfabrik in Hannover erhalten unsere Mitglieder nach einjähriger Beschäftigung eine Woche, in einer Berliner chemischen Lackfabrik eine halbe Woche bezahlten Urlaub zugesichert. Auch in diesem Punkte marschieren wir also! In Sachen der Löhne vollends könnte mancher Fabrik-gewaltige sehen, wohin die Fahrt geht, wenn er zeitig und vernünftig einlenkt und sich mit dem Gedanken abfindet, daß er doch über kurz oder lang von seinem mehr oder weniger jetzten Profit etwas mehr an die Arbeiter abtreten muß. Es ist gelungen, in einer Reihe von Betrieben, z. B. in Rixdorf, Hamburg, Mündenheim und Mannheim, die Stundenlöhne über 40 Pf. zu bringen, in der hannoverschen Schallplattenfabrik bis zu 50 Pf. und in der Weissenfer bis zu 60 Pf. Und diese Bewegung läßt sich durch keine Macht der Welt mehr aufhalten. Zum Lohn liefert die Mündenheimer Fabrik ihren Säurearbeitern auch noch die Arbeitskleidung. Das ist eine Forderung, die nach und nach in allen chemischen Betrieben durchgesetzt werden muß, weil es einfach unverantwortlich ist, daß der chemische Arbeiter die Giftstoffe des Betriebs in seinen eigenen Kleidern in seine Wohnung und seine Familie schleppt und daß womöglich bei der Reinigung und Wäsche Dritte infiziert werden. Dies alles hätte das Unternehmerrblatt schon seinen Lesern klar machen dürfen, ohne daß es „aus seinem Rahmen“ gefallen wäre!

Statt dessen hält sich Dr. Großmann mehr an organisierte Einzelheiten. Er schreibt zum Schluß: „Interessant ist nun ein Vergleich der einzelnen Tarifverträge. Der Vertrag der Chemischen Fabrik Pommerensdorf umfaßt z. B. nicht weniger als 166 Positionen, entsprechend der Spezialisierung und Mannigfaltigkeit des Betriebes, während sich die Düngersfabrik Michel u. Co. mit 20 Positionen und die „Union“ mit 29 begnügt. Durch eine knappe Fassung zeichnen sich aus die Verträge der Chemischen Fabrik Dr. Raschig und der Sunlightseifenfabrik. Eine sehr starke Abhängigkeit der Fabrikleitung von dem erwähnten Verband der Fabrikarbeiter zeigt der Vertrag einer Münchener Verbandstofffabrik. Im Absatz 9 verpflichtet sich die betreffende Firma, nur im Fabrikarbeiterverband organisierte Arbeiterinnen aufzunehmen. Die meisten andern Verträge, auch in den übrigen Industrien, enthalten derartige Bestimmungen nicht, sondern überlassen es dem Unternehmer, seine

